

# Volksmacht

Insertionsgebühr die sechs gespaltene Zeilen oder deren Raum 20 Pfg. Inserate der sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften 10 Pfg. Das Belegexemplar kostet 10 Pfg. Spredstunden der Redaktion an allen Wochentagen 12—1 Uhr mittags.

Beilage: Die Neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Telephon für Redaktion und Expedition 2537

Redaktion und Expedition:  
Paradiesgasse Nr. 32

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Nr. 19.

Danzig, den 5. März 1913.

4. Jahrgang.

## Gegen den Rüstungswahnsinn!

Manifest der französischen und deutschen Sozialdemokratie.

In Deutschland und in Frankreich bereiten die Regierungen wiederum Gesekentwürfe vor, durch welche die ungeheuren militärischen Lasten noch weiter gesteigert werden. In dieser Stunde erachten es die französische und die deutsche Sozialdemokratie als ihre Pflicht, sich noch enger anzuschließen, um vereint den Kampf zu führen, gegen dieses an Wahnsinn grenzende Treiben der regierenden Klassen.

Die französische und die deutsche Sozialdemokratie erheben einmütig und einstimmig Protest gegen die unaufhörlichen Rüstungen, die die Völker erschöpfen, sie zur Vernachlässigung der wichtigsten Kulturaufgaben zwingen, das gegenseitige Mißtrauen steigern und statt den Frieden zu sichern, Konflikte heraufbeschwören, die zu einer Weltkatastrophe führen mit Massenelend und Massenvernichtung im Gefolge.

Die Sozialdemokratie beider Länder darf sich mit Recht als Wortführerin des deutschen wie des französischen Volkes betrachten, wenn sie erklärt, daß die Volksmassen mit überwältigender Mehrheit den Frieden wollen und den Krieg verabscheuen.

Die herrschenden Klassen hüben und drüben sind es, die die nationalen Gegensätze, statt sie zu bekämpfen, künstlich verschärfen.

Paris und Berlin, den 1. März 1913.

Pour le Parti Socialiste

(Section française de l'Internationale ouvrière):

La Commission Administrative Permanente.

Le Groupe Socialiste au Parlement.

die gegenseitige Feindseligkeit schüren und dadurch die Völker von ihren Kulturbestrebungen und ihrem Befreiungskampf im Innern ablenken.

Um den Frieden, die Unabhängigkeit der Völker und den Fortschritt der Demokratie auf allen Gebieten in beiden Staaten zu sichern, fordert die Sozialdemokratie, daß alle Streitigkeiten zwischen den Völkern schiedsgerichtlich geschlichtet werden; sie empfindet die Entscheidungen auf dem Wege der Gewalt als Barbarei und Sünde für die Menschheit.

Sie fordert weiter die Beseitigung des stehenden Heeres, das eine stete Bedrohung der Nationen bildet und an dessen Stelle die Einführung einer

**Volkswehr auf demokratischer Grundlage.**

die nur der Landesverteidigung zu dienen hat.

Wenn aber trotz ihres entschlossenen Widerstandes den Völkern neue militärische Ausgaben auferlegt werden, so wird die Sozialdemokratie beider Länder mit aller Energie dafür kämpfen, daß die finanziellen Lasten auf die Schultern der Wohlhabenden und Reichen abgewälzt werden.

Die Sozialdemokratie in Deutschland und in Frankreich hat schon in der Vergangenheit durch ihre Haltung das perfide Doppelspiel der Chauvinisten und Rüstungsinteressenten in beiden Ländern entlarvt, die in Frankreich die Begünstigung des Militarismus durch die deutsche Sozialdemokratie und in Deutschland die Begünstigung des Militarismus durch die französischen Sozialisten dem Volke vorzuplayen. Die gemeinsame Bekämpfung des Chauvinismus hüben und drüben, das gemeinsame Eintreten für ein friedliches und freundschaftliches Zusammengehen, muß dieser dreifachen Irreführung der Völker das Ende bereiten.

Derselbe Ruf gegen den Krieg, dieselbe Beurteilung des bewaffneten Friedens halt in beiden Ländern wieder. Unter der Fahne der Internationale, die die

**Freiheit und Unabhängigkeit jeder Nation**

zur Voraussetzung hat, werden die deutschen und französischen Sozialisten mit steigender Kraft den Kampf fortführen gegen den unerfährlichen Militarismus, gegen den länderverwüstenden Krieg, für die gegenseitige Verständigung, für den dauernden Völkerverfrieden.

Für die deutsche Sozialdemokratie:

Der Parteivorstand.

Die Reichstagsfraktion.

### Zum Steuerprogramm des Zentrums.

In dem politischen Trubel der letzten Tage ist eine Bemerkung ~~genau~~ unbeachtet geblieben, die der Zentrumsführer Herold vor kurzem im preussischen Abgeordnetenhaus getan hat, und die es wohl verdient, der Vergessenheit entrissen zu werden, weil sie die angebliche Arbeiterfreundlichkeit des Zentrums wieder einmal hell beleuchtet. Zu ihrem Verständnis sind einige Vorbemerkungen notwendig.

In Preußen brauchen bekanntlich diejenigen, deren Einkommen unter 900 Mark jährlich beträgt, keine direkte Staatssteuer zu bezahlen. Man hat sie — im Jahre 1891, als das Gesetz geschaffen wurde — freigelassen aus dem Gedanken heraus, daß eine so geringe Summe zur Existenz unbedingt nötig sei, so daß es nicht wohl angehe, sie noch mit Steuern zu belasten. Das Existenzminimum soll steuerfrei sein — das ist der Grund, den man damals für Preußen aufstellte. Gewiß mag es zweifelhaft sein, ob eine Summe von 900 Mark hinreichte, um des Lebens Notdurft zu bestreiten. Aber jedenfalls wurde die Absicht, das Existenzminimum steuerfrei zu lassen, damals als steuerpolitischer Grund für Preußen proklamiert.

Was aber nicht zweifelhaft sein kann, das ist, daß heute ein Jahresinkommen von 900 Mark bei weitem nicht mehr zum Existenzminimum hinreicht. Sind doch die Preise für die notwendigen Lebensmittel in diesen 22 Jahren um 35 bis 71 Prozent gestiegen! Es ist also sicher, daß man heute für den gleichen Geldbetrag vielleicht nur die Hälfte oder wenig mehr von dem kaufen kann, was man vor 22 Jahren dafür bekam. Nach der Statistik von Richard Calwer, der bekanntlich bei den bürgerlichen Parteien als Autorität gilt, kosteten die notwendigen Nahrungsmittel des Arbeiterhaushalts von vier Personen (Mann, Frau und zwei Kindern) im Januar 1911 bereits 23,50 Mark pro Woche, d. h. rund 1200 Mark pro Jahr. Im Durchschnitt des Jahres 1912 waren aber diese Preise wiederum bis auf 25,80 Mark pro Woche gestiegen. Das heißt auf 1340 Mark pro Jahr. Das sind aber nur Nahrungsmittel. Nun fehlen noch sämtliche übrigen Ausgaben für Wohnung, Kleidung, Heizung usw. usw. Es ist unter diesen Umständen gewiß bescheiden, wenn man heutzutage das Existenzminimum auf 1500 Mark pro Jahr veranschlagt. In Wahrheit dürfte auch diese Summe kaum ausreichen.

Da nun im vorigen Jahre die preussische Regierung ihrem Landtage den Entwurf eines neuen Steuergesetzes vorlegt, so hat die sozialdemokratische Fraktion, entsprechend den eigenen Erwägungen, den Antrag gestellt, von nun ab alle Einkommen bis zur Höhe von 1500 Mark steuerfrei zu lassen. Damit würde man wenigstens einigermaßen den alten Grundgedanken wiederherstellen, der das Existenzminimum steuerfrei lassen will. Es ist bereits bekannt, daß sämtliche bürgerliche Parteien — auch das Zentrum, auch die fortschrittliche Volkspartei — diesen Antrag in der Kommission abgelehnt haben. Selbst der minderweit gehende Antrag, wenigstens die Einkommen bis zu 1200 Mark steuerfrei zu lassen, wurde mit Hilfe des Zentrums abgelehnt; es soll bei 900 Mark bleiben. Damit ist der alte, arbeitserfreundliche Grundgedanke, der ja freilich katastrophal kaum je bestanden hat, nun auch formell aufgehoben, in aller Form ist es ausgesprochen, daß man in Preußen sogar vom Stücken Brot der Armut direkte Steuern erheben will. Auf den wahren Grund des Beschlusses kommen wir noch. Des weiteren ist bekannt, daß die Regierung vorläufig auf die Erledigung des Gesetzes verzichtet hat; erst der neue Landtag soll es vermutlich fertig machen. Trotdem konnte es natürlich nicht gehen, daß bei den Etappen des neuen Gesetzes Erwägung gefaßt und daß die verschiedenen Parteien dazu Stellung nahmen. Bei dieser Gelegenheit nun, am 14. Februar, tat der Zentrumsgewählte Herold den folgenden Auspruch:

„Ich möchte bemerken, daß wir das Hauptgewicht auf eine immer weitere Ausgestaltung des Kinderprivilegs legen, daß wir das für wichtiger halten, als die Einkommengrenze, bei der die Einkommensteuer beginnt, so sehr heraufzulegen.“

Also, verstehen wir recht: wichtiger als die Steuerfreiheit auf höhere Einkommen auszudehnen, ist dem Zentrum die „immer weitere Ausgestaltung des Kinderprivilegs.“ — Was hat es mit diesem sogenannten Kinderprivileg auf sich?

Um angefaßt des allgemeinen Unwillens der Armen die Härten der direkten Steuern etwas zu mildern, hat man vor ein paar Jahren die Bestimmung getroffen, daß jemand, der zwei oder mehr Kinder zu ernähren hat (sofern sie kein eigenes Einkommen haben), in der Steuer um eine oder mehrere Stufen herabgesetzt wird. Diese Bestimmung soll jetzt noch ein wenig erweitert werden: wer unter 1200 Mark Einkommen hat, soll schon dann um eine Stufe herabgesetzt werden, wenn er nur ein Kind zu ernähren hat. — Niemand wird verkennen, daß dies eine kleine Verbesserung ist. Aber reicht sie aus, um die Ablehnung der Steuerfreiheit bis 1500 Mark weitzumachen? Oder reicht auch selbst ein noch weiterer Ausbau dieses „Kinderprivilegs“ aus? — Prüfen wir.

Ein Proletarier mit einem Einkommen von nicht ganz 1500 Mark zahlt heute in Preußen, wenn er keine Kinder hat, 16 Mark Staatssteuer; wenn er zwei Kinder hat, 12 Mark; bei drei bis vier Kindern 9 Mark; bei fünf bis sechs Kindern zahlt er 6 Mark; und er muß schon mindestens sieben Kinder haben, um steuerfrei zu sein. Nun haben wir oben erwähnt, daß schon bei zwei Kindern für die notwendige Nahrung allein 1340 Mark ausgegeben werden müßten. Natürlich wird so viel nicht ausgegeben — wo sollte es denn herkommen? — sondern die Familie ernährt sich nicht ausreichend. Wieviel aber braucht ein Mann mit 7 Kindern auch selbst dann, wenn er ihnen und sich keine ausreichende Nahrung gönnt! Im Jahre 1910, also immerhin noch vor der gegenwärtigen exorbitanten Teuerung, hat der Hirsch-Dundersche Ortsverein der Straßenreiniger zu Berlin unter seinen Mitgliedern folgendes festgestellt: ein kinderloses Ehepaar verbrauchte (alles in allem) 1479 Mark; eine Familie mit zwei Kindern verbrauchte 1700 Mark; ein Ehepaar mit elf Kindern verbrauchte 2588 Mark. Wenn nun auch die Preise nicht überall ganz so hoch sind, wie in Berlin, so zeigen diese Summen doch, wie sich heutzutage kinderreiche Eltern plagen müssen. Und nur dann, wenn ihre Plagen und Lasten so über alle Maßen gestiegen sind, soll ihnen nach dem Willen des Zentrums die Steuerfreiheit oder auch nur eine kleine Ermäßigung zuteil werden. Ein Mann, der z. B. 1300 Mark Einkommen und drei Kinder hat, muß immer noch keine 6 Mark Steuern zahlen. So will es das Zentrum. Uebrigens sei nicht vergessen, daß unsere Zahlen immer nur die Staatssteuern angeben; dazu kommen die Gemeindesteuern, die mindestens ebensoviel, an manchen Orten sogar drei- bis viermal soviel ausmachen.

Es zeigt sich somit, daß das Kinderprivileg wohl eine kleine Erleichterung bietet, aber doch bei weitem keinen Ersatz. Fragt man jedoch nach den Gründen, weshalb das Zentrum das Existenzminimum nicht radikal von der Steuer befreien will, so sind es in Wahrheit die folgenden. Es würde dadurch ein Ausfall von etwa 45 Millionen entstehen. Nun werden aber gegenwärtig in Preußen noch Ertragszuschläge zur Staatssteuer erhoben; zwar müssen auch hierzu die Einkommen von 1200 Mark beitragen, zum größten Teil jedoch werden diese Zuschläge von den Reichen bezahlt: die Einkommen über 9500 Mark zahlen 27 Millionen, die Aktiengesellschaften 16 Millionen, zur Vermögenssteuer wird ein Zuschlag von 10 Millionen erhoben. Diese Zuschläge möchten sämtliche bürgerlichen Parteien gerne aufheben. Auch das Zentrum hat durch den Mund des Abgeordneten Herold verkünden lassen, daß es innerhalb des neuen Gesetzes die Zuschläge beseitigen will. Und es ist dies gerade der Streitpunkt zwischen Regierung und bürgerlichen Parteien, weswegen das Steuergesetz vorläufig nicht weiter beraten wird. Nun liegt doch aber auf der Hand: wenn man den Besitzenden eine Last von ca. 60 Millionen abnehmen will, so kann man nicht gleichzeitig auch noch die Besitzlosen um 45 Millionen erleichtern. Dies ist soweit der wahre Beweggrund des Zentrums. Die Besitzlosen sollen ihre schwereren Lasten weitererschleppen, der alte Grundgedanke von der Steuer-

freiheit des Existenzminimums soll in aller Form aufgehoben werden, Preußen soll auch den Schein eines sozialen Entgegenkommens gegen seine ärmsten Bürger aufgeben, damit die Besitzenden weniger Steuern zu zahlen brauchen.

### Die hinausgeschmiffene Wahrheit.

Wäre ich ein Johann Jacoby und hätte die Möglichkeit, vor Preußens König hinzutreten, ist würde, umgürtet mit dem ganzen Stolz des freien Bürgers, zu ihm sprechen: Das ist das Unglück der Könige, daß man ihnen nicht die Wahrheit sagt. Und Wilhelm der Zweite würde mich nicht hinausgeschmiffen, wie er seinen Pächter Soht „hinausgeschmiffen“ hat, denn dieser König ist von einer unbegrenzten Wißbegierde erfüllt, von einem Wissensdrang, der von Sabel bis Cadinen reicht, von Manna bis zum Petrusker Roggen und vom Jäthhofsaure bis zur ostelbischen Zebutreuze. Er würde in gerechtem Zorn die Augen rollen und mit bebender Stimme fragen: „Was ist das denn, mir, dem König, die Wahrheit nicht zu sagen?“ Da würde ich antworten: „Majestät, man kann Ihnen die Wahrheit nicht mehr sagen, denn die Wahrheit ist hinausgeschmiffen. Man hat sie hinausgeschmiffen, damit Majestät den Pächter Soht hinaus schmiefen könnten. Man hat die Wahrheit hinausgeschmiffen, daß Soht durchaus kein Pächter ist, der nichts mehr sagt; man hat die Wahrheit hinausgeschmiffen, daß Soht einer der bekanntesten westpreussischen Landwirte ist und sich in Fachkreisen eines tadellosen Rufes erfreut, und man hat die Wahrheit hinausgeschmiffen, daß Soht in Wirklichkeit noch gar nicht hinausgeschmiffen ist, weil sein Pachtvertrag ihn noch jahrelang vor dem Hinausgeschmiffen schützt. Denn wie der Potsdamer Müller Arnold berichtet er vor den Gerichten sein Recht gegen den König, und wie des Müllers Arnold gerechte Sache steht auch die seine unerschütterlich durch Beamtenwillkür und Beamtenmissgunst. Es gibt Richter nicht nur in Berlin, sondern in ganz Preußen, und preussische Richter haben entschieden, daß die „Lauglichkeit“ eines Pächters nicht herabgesetzt wird durch die Weigerung einen Neubau auszuführen, zu dem er nicht verpflichtet ist oder dessen Notwendigkeit ihm nicht einleuchtet.“

Ich würde ferner sagen: „Majestät, man hat die Wahrheit hinausgeschmiffen, daß der Petrusker Roggen von ostelbischen Landwirten schon seit zwanzig Jahren angebaut wird und die Männer, die im Landwirtschaftsrat saßen, und den Worten des Königs wie einer Offenbarung lauschten, haben auch die Wahrheit hinausgeschmiffen; denn wenn auch keiner aufstehen konnte, weil es bei solcher Gelegenheit keine Diskussion mit dem Oberhaupt des Staates — und wäre er nur ein Präsident — geben kann, so durften sie nicht jubeln und nicht Behall klatschen, als Majestät mit dem Petrusker Roggen als eine territoriale Neugliederung gratifizierte wurden. Sie durften nicht jubeln und durften nicht klatschen. Tiefe Stille hätte Euch, Majestät, aufmerksam machen müssen, daß hier nicht alles in Ordnung ist. Das wäre aber die Wahrheit gewesen und die Wahrheit war ja hinausgeschmiffen.“

Erschüttert würde der König ausrufen: „Dann habe ich ja — unbewußt — auch nicht die Wahrheit gesprochen; das aber wollte ich nicht; das nicht.“

Sicher, der König wollte nicht die Unwahrheit sagen. Aber wie ich so vor ihm stehe (wenn ich ein Johann Jacoby wäre), darf ich mich vom Mitleid für den König, dem man die Wahrheit nicht sagt, nicht übermannen lassen. Und weil er erschüttert ist, und weil ich selbst im Innersten erschüttert bin, würde ich fortfahren zu sprechen:

„Majestät, ein Zufall hat es gefügt, daß es offenkundig wurde, wie man die Wahrheit hinausgeschmiffen, wo es sich nur um Roggen und um einen Pächter handelt. So geringfügig der Anlaß ist, so hat er die Bürger tief beunruhigt, denn sie fragen sich: Wie oft ist die Wahrheit hinausgeschmiffen worden (ohne daß der König es wußte), und wo es sich um Dinge handelt, die über den Roggen und einen Pächter hinaus das Interesse des Volkes, die Lebensfragen des Volkes berühren? Ich sehe noch im Geiste, wie



der Interessen des Grubenkapitals annehmen, was Abgeordneter Leinert (Soz.) ausführlich nach, wie das Grubenkapital nur seine eigenen Interessen unberücksichtigt um die Bedürfnisse der Bevölkerung wahrnimmt, wie es die Interessen der Arbeiter mißachtet und wie sein Ziel darauf gerichtet ist, die gesamten staatlichen Einrichtungen zu beherrschen, wie es die Eisenbahnen und alle Betriebe, die Kohlen brauchen, in seinen Dienst stellen will. In ähnlichem Sinne hatte sich vorher Abgeordneter Dr. Pachnide (Sp.) geäußert. Wenn der Handelsminister die schädliche Wirkung des Kohlenpreises auch nicht zugab, so ist doch der Widerstand des Staates aus dem Grundsatze der beste Beweis dafür, daß auch die Regierung von der Gefährlichkeit des Grubenkapitals überzeugt ist. Nur hat sie nicht den Mut, energisch dagegen aufzutreten.

Freitag soll die zweite Lesung des Berggesetzes zu Ende geführt werden.

Sitzung vom 28. Februar.

Im Abgeordnetenhaus gaben sich am Freitag die Zentrumsabgeordneten die größte Mühe, das Verhalten der christlichen Gewerkschaft bei der Bewegung im Saarrevier zu rechtfertigen. Aber alles war vergebens, die gebührende Kennzeichnung jenes Arbeitererrats blieb den Machern nicht erspart und wurde vom Genossen Leinert mit aller wünschenswerten Schärfe vollzogen. Im übrigen unterhielten sich die bürgerlichen Parteien fast nur über das Kohlenpreiskriterium und die Stellung der Regierung dazu. Am Sonnabend wird der Bergetat zu Ende beraten werden.

Sitzung vom 1. März.

Die Lage der Bergarbeiter. Das Abgeordnetenhaus hat am Sonnabend in einer ungewöhnlich kurzen Sitzung die Beratung des Etats der Bergverwaltung beendet. Wiederum zeigte es sich, daß einzig und allein die Sozialdemokraten sich der Interessen der Bergarbeiter annehmen. Im Gegenfatz zu Herrn Imbusch vom Zentrum, der, obwohl er noch kein abschließendes Urteil über die Einrichtung der Sicherheitsmänner fällen will, doch schon des Lobes darüber voll ist, zeigte Genosse Leinert, der unter anderem auch das entsetzliche Unglück auf der Zeche Lothringen zur Sprache brachte, daß die Sicherheitsmänner nicht genügen, da noch immer zahlreiche Unfälle infolge Nichterhaltung der bergpolizeilichen Vorschriften sich ereignen. Nachdrücklich forderte er einen wirklich durchgreifenden Bergarbeiterschutz, die Befestigung der Plackereien, die heute vielfach den Sicherheitsmännern bereit werden und eine strenge Durchführung der zum Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeiter erlassenen Gesetze. Auch das antisoziale Verhalten des Knappschaftsvereins Klausthal, der den vor 1908 pensionierten Bergarbeitern die Invalidenrente entzogen hat, wurde von unserem Redner einer scharfen Kritik unterzogen.

Am Montag beginnt die Beratung des Etats der Eisenbahnverwaltung.

Vor den Osterferien, die am 14. März beginnen, sollen alle Etats mit Ausnahme des Kultusetats in zweiter Lesung durchberaten werden.

## Danzig.

**Politische Neutralität und Organisationsfreiheit in den städtischen Betrieben.** In der Stadterordnetenversammlung am 25. Februar gab der Oberbürgermeister Scholz die sehr beachtete Versicherung ab, daß in allen städtischen Betrieben gegenüber den Arbeitern und Angestellten völlige politische Neutralität und Organisationsfreiheit gelte und keine Partei bevorzugt werden solle.

Bei der Besprechung des Etats der Straßenreinigung kritisierte der Herr-Länderische Rat in sehr billigen Worten und ohne einen entsprechenden Antrag zu stellen, die beschämend niedrigen Löhne der Straßenreiniger. Sie erhalten jetzt als 5 1/2 st monatlich 86 Mark! Dem Magistrat scheint diese Lohnhöhe selbst zu wenig ruhmvoll, daß er die Nachweisung über die gezahlten Löhne nicht mehr in den Etat aufgenommen hat. Diesen „Lohn“ sucht er dafür durch die berühmte Familienzulage zu beschönigen. Aber selbst Stadtrat Fischer mußte zugeben, daß nur 54 Straßenreiniger diese Entschädigung erhalten. 59 erhalten davon jedoch nichts. Die freimüthig-schwarzblaue Blodpolitik zeigt sich in ihrer ganzen Schabigheit in dieser Mißhandlung der Straßenreiniger. Den hochbezahlten Stadträten gab man unlängst eine ansehnliche Lohnzulage gegen die Teuerungszzeit. Die Not der Straßenreiniger bemerkt jedoch nur so ein kommerzieller Arbeiterblodflave zu billigen Agitationsgeschwätz. Nicht machte bei dieser Gelegenheit einen sehr wenig geschmackvollen Ausfall gegen den unlängst vom Kommerzienrat Münsterberg entlassenen Branddirektor Elsner. Er bemängelte dessen Anwesenheit in der Stadterordneten-Versammlung und „meinte“, daß er wohl nichts zu tun habe. Der Oberbürgermeister schügte den angegriffenen Beamten mit Recht in scharfer Zurückweisung.

Dann bekam der Zentrumsagitator Krause eine demokratische Anwandlung. Er wünschte die Uebertragung der von uns beipropheten Arbeitsordnung auch auf die Straßenreiniger. Dabei versicherte dieser „Gewerkschaftler“, daß diese Zwangsordnung mit der Begünstigung der Selben eine Reihe für das Wohl der Arbeiter gültiger Bestimmungen enthalte! Dann klagte er, daß höhere Beamte bei der Einstellung von Arbeitern nach der Zugehörigkeit zu einer Organisation fragten. Sage jemand, daß er nicht organisiert sei, so erhalte er zur Antwort: Bleiben Sie dabei, das ist uns lieb!!! Diefelben Beamten schienen aber das Recht zu haben, sogar in den Bureaus politische Agitation zu treiben. Es seien Listen ausgelegt worden, auf denen zur Unterstützung der Landtagswahl-Kandidatur eines Kommunalbeamten aufgefordert wurde. Unter diesen Umständen hätten bei der Feuerwehre 77 und bei der Straßenreinigung 39 Leute unterschrieben! Als Krause meinte, daß bei der Arbeitseinteilung auch der Arbeiterausschuß nützlich wirken könne, rief ihm sein schwarzblauer Blodbruder Lange höhnisch zu: Der Arbeiterausschuß vielleicht best im m e n solle? Der Brauereibesitzer und Stadtrat Fischer legte auch gleich mit der Versicherung los, daß die Stadt in ihren Betrieben Herr im Hause bleiben müsse. Nach drahtlicher war bei dieser Debatte das Verhalten des unübertrefflichen Sozialpolitikers Münsterberg. Er schweig sich beharrlich aus.

Dafür gab der Oberbürgermeister eine Erklärung ab, die an Deutlichkeit und Bestimmtheit nichts zu wünschen übrig ließ: Soweit ihm bekannt sei, werde in keiner städtischen Verwaltung nach der politischen Zugehörigkeit getraut. Aus der Presse wisse er allerdings, daß in den Bureaus Listen umfieren, nach denen ein Beamter als Kandidat für die Landtagswahl aufgestellt werden sollte. Er habe sofort veranlaßt, daß das aufhörte. Er stehe auf dem Standpunkt, daß man sich als Kommunalbeamter nicht in die Politik mischen solle. Er tue das auch nicht, die Stadt wisse mit allen Parteien zusammen arbeiten und dürfe deshalb auch keine Bevorzugung!

Der Oberbürgermeister hat uns nachträglich auf unsere Anfrage bestätigt, daß er den Beamten die politische Betätigung außerhalb des Dienstes natürlich nicht versagen wolle. Wir zweifeln keinen Augenblick, daß er dieselbe Meinung auch den Arbeitern gegenüber betätigt. Dann wird er aber energisch dafür sorgen müssen, daß sein Wille von allen anderen städtischen Organen respektiert wird. Auch würde zu ihrer konsequenten Durchführung die neue Arbeitsordnung in gewissem Widerspruch stehen. Auf jeden Fall sind wir der Ueberzeugung, daß der Oberbürgermeister zu seinem Wort stehen wird. Wir danken ihm dafür im Namen der Arbeiter, denen er nur ihr Recht bestätigte, denen er dadurch aber manche Sorge verminderte.

Davon, daß die Volkswacht es war, die die freimüthige Agitation in den Bureaus zugunsten der Kandidatur des Reich-

sungsrenfors Schmittahn enthielte, sagen die bürgerlichen Blätter ihren Lesern natürlich nichts.

Für diese freimüthige Rede, wie für die Christenagitatoren Krause & Co., war die Erklärung des Oberbürgermeisters eine wohlverdiente Ohrfeige. Wie haben sich die Zentrumsagitatoren von Minter bis Schopohl abgequält, um zu beweisen, daß auch der Magistrat als christliche Behörde zugunsten der Zentrumschriften parteilich sein müsse. Die Arbeiter haben sich durch dieses Geschwätz nicht ködern lassen. Sie verließen sich ehrlich auf ihr Recht und ihre Kraft. Und nun schüttelt selbst der Oberbürgermeister die zentriemüthigen Zumutungen als unziemliche Belästigung ab.

### Der freimüthige Bildungswirt Wilhelm Schmitz

beschäftigte am 27. Februar schon wieder das Schöffengericht. Im letzten Falle, über den wir berichteten, war er selbst Angeklagter. Er hatte nicht nur die Beiträge für die Ortskrankenkasse vereinigt Gewerke nicht gezahlt, sondern auf den Vollziehungsbeamten und einen Schutzmänn die ihm solange gehörige Dogge seiner Schwägerin gehehlt. Dafür wurde er bestraft. Seine Schwägerin soll nach seiner Behauptung die tatsächliche Inhaberin der Ökonomie des freimüthigen Bildungswirtshauses sein, obwohl Schmitz diese gepachtet hat und demnach bei Lieferanten usw. als tatsächlicher Pächter gilt. Nur dadurch erlangt er geschäftlichen Kredit, obgleich er bereits den Offenbarungseid geleistet und wegen der Ortskrankenkassenbeiträge nicht zum ersten Male fruchtlos gepfändet wurde. Diese besonders für Beschäftigte sehr interessante Situation ist nur durch die Duldung möglich, die der Vorstand des freimüthigen Vereins, dessen Vorsitzender der Chefredakteur Dr. Herrmann ist, übt. Sie kam auch zur Sprache in dem neuen Prozeß, in dem Schmitz formell als Zeuge fungierte.

Auf seine Anzeige standen ein Mechaniker Sch. und ein Fräulein Sch. wegen gemeinschaftlichen Diebstahls in der Anklagebank. Einziger Zeuge war Schmitz. Der von ihm noch benannte Schutzmänn Kampowski wußte nichts zur Stütze der Anklage auszulagen, sondern gab nur wieder, was Schmitz ihm gesagt hatte.

Der Mechaniker Sch. war in dem Kinematographentheater, das nach der beschworenen Angabe des Schmitz auch seiner Schwägerin gehörte, als Techniker tätig gewesen. Er reparierte die zur Vorführung nötige elektrische Lampe in der Werkstatt eines Verwandten. Das will er dem Schmitz gesagt haben, auch als dieser ihn ohne jeden Anhaltspunkt beschuldigte, die Lampe gestohlen zu haben. Darauf ließ Schmitz die Lampe, die wegen ihrer Eigenart für andere fast wertlos ist, durch den Schutzmänn von dort abholen, wo der Angeklagte sie zur Reparatur hatte. Dieser Vorgang hat sich schon im April 1912 abgepielt und trotzdem ist, trotz dieses Sachverhalts, Anklage erhoben! Schmitz gab sich als Zeuge offensichtlich Mühe, die Angeklagten zu belasten. Er konnte aber keine einzige Tatsache angeben, die auch nur ganz entfernt für die Absicht der Entwendung sprach. Wie er die Dame beschuldigte, war einfach haarsträubend. Er gab an, sie habe eine Tasche gehabt und deshalb glaube er, daß sie darin die Lampe forttrug!!! Und auch Grund dieser — Beweise kam das mit 2 Volksrichtern besetzte Schöffengericht, trotz des entschiedenen Zeugens beider Angeklagten, zur geradezu ungläublichen Verurteilung! Schmitz schätzte den Wert „seiner“ Lampe, die nach seinem Eide doch seiner Schwägerin gehört und die überhaupt nicht verloren ist, auf 125 Mark. Das unverständliche Urteil lautete für jeden Beschuldigten auf 10 Tage Gefängnis.

Wir sind überzeugt, daß diese Verurteilung in der Berufungsinstanz unmöglich aufrecht erhalten werden kann. Schließlich ist uns zufällig zur rechten Zeit in bezeichnender Beweis für die Unbegreiflichkeit des Herrn Schmitz, der solche Denunziationen, selbst, wo ihm gar kein Schaden entstanden ist, fabriziert, zugegangen. Von hiesigen und auswärtigen Geschäftsleuten ging uns eine Mitteilung zu, daß Schmitz ihnen zirka 3300 Mark schuldet, die so gut wie uneinziehbar sind! Diese Tatsache erklärt allerdings sehr vieles.

### Der Arbeitsmarkt in Danzig im Jahre 1912. (Mitteilung des Statistischen Amtes der Stadt Danzig.)

Durch das Krankenversicherungsgesetz ist eine einfache Beobachtung des Arbeitsmarktes gegeben. Das Steigen oder Fallen der Pflichtmitgliederzahl der Zwangsrentenkassen zeigt zuverlässig die Zunahme oder Abnahme der Arbeitsgelegenheit an.

Während der Beschäftigungsgrad im Jahre 1911 durch einen Ausstand auf der Schichauwerft eine empfindliche Störung erfahren hatte, ist das Berichtsjahr ohne solche verlaufen und hat sowohl für Männer als Frauen eine erhebliche Zunahme des Beschäftigungsgrades gebracht. Es stand — gemessen an der Pflichtmitgliederzahl der der Aufsicht des Magistrats unterstehenden Krankenkassen in Arbeit:

		Zunahme gegen das Vorjahr		Zunahme gegen das Vorjahr
	Männer	Prozent	Frauen	Prozent
am 1. Januar 1909	16 086	6	7 293	6
am 1. Januar 1910	16 700	3,8	7 482	2,6
am 1. Januar 1911	16 671	0,2	8 707	16,4
am 1. Januar 1912	17 756	6,5	9 619	10,5
am 1. Januar 1913	19 152	7,9	10 251	6,6

Nicht berücksichtigt sind also die Betriebskrankenkassen des Reichs und des Staates und die freien Hilfskassen. Ferner ist in den obigen Ziffern eine im Juni 1912 neu errichtete Betriebskrankenkasse unberücksichtigt geblieben, deren Mitglieder ausschließlich außerhalb Danzigs beschäftigt werden.

Die Zahl der in Arbeit stehenden Männer war hiernach zu Ende des Berichtsjahres um 1396 gleich 7,9 Prozent, die der Frauen um 632 gleich 6,6 Prozent größer als im Vorjahre. Im Jahresdurchschnitt stellt sich die Zunahme der Beschäftigten dadurch noch günstiger, daß die Ziffern für das Vorjahr durch den schon erwähnten Ausstand auf der Schichauwerft herabgedrückt waren; es betrug die mittlere Zahl der Beschäftigten im Jahre 1912 bei den Männern 18 579, das sind 1 785 = 10,7 Prozent mehr als 1911, bei den Frauen 9 906 das sind 845 = 9,3 Prozent mehr als 1911.

Auch gegen 1910 und 1909 sind die Steigerungen für beide Geschlechter erheblich (+ 1309 u. 1640 und + 1443 und 2522). Schwankungen der Arbeitsgelegenheit in den einzelnen Monaten zeigen sich für beide Geschlechter. Die Zunahmen sind zu Anfang und in der Mitte des Jahres am geringsten, z. T. zeigen sich sogar Abnahmen. Es betrug die Zunahme (—) oder die Abnahme (—) im:

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni
bei den Männern	-41	-32	+200	+396	+103	+24
Frauen	-32	-13	+119	+131	+88	-68
bei den Beschäftigten						
Männern	-208	-73	+245	+559	+141	-501
Frauen	-9	-31	+18	+394	+136	-181

Da eine genauere Unterscheidung der Beschäftigten nach ihrem Beruf nicht vorliegt, können die Saisonschwankungen, die in den einzelnen Gewerben ganz verschieden sind, nicht näher beachtet werden. Wir geben nachstehend noch die Ziffern für die drei größten Danziger Krankenkassen gesondert. Diese Klassen sind: 1. die für die vereinigten Gewerke, 2. die für die vereinigten Fabrik- und Gewerbebetriebe Danzigs und 3. die für die vereinigten Handels- und Geschäftsbetriebe.

Am 31. Dezember 1912 umfaßten diese drei Klassen zusammen 56,2 v. H. der männlichen und 66,8 v. H. der weiblichen Pflichtmitglieder aller der Aufsicht des Magistrats unterstehenden Klassen überhaupt.

Die Klasse „Vereinigter Gewerke“ ist für alle Handwerker und Lehrlinge errichtet, soweit nicht für diese Innungsrentenkassen oder Ortskrankenkassen bestehen, oder soweit sie nicht einer Fabrik- oder Betriebsklasse angehören. Sie umfaßt demnach vorzugsweise die gelernten Arbeiter, während Arbeiterinnen kaum in Betracht kommen. Der Mitgliederbestand war in allen Monaten höher als in den Vorjahren. Den Höchstbestand zeigt der Anfang Dezember, an welchem 534 gelernte Arbeiter und Lehrlinge mehr in Beschäftigung standen als entsprechend 1911, und 1034 mehr als 1910. Der Jahresdurchschnitt der Pflichtmitglieder übertrifft mit 3298 das Vorjahr um 454, 1910 um 719.

Auch der Beschäftigungsgrad der ungelerten Arbeiter sowie der Arbeiterinnen erscheint im Jahre 1911 nach dem Pflichtmitgliederbestande der Klasse „Vereinigter Fabrik- und Gewerbebetriebe Danzigs“ als günstig. Diese Klasse ist bestimmt für alle männlichen und weiblichen Personen (Arbeiter), Anstreicher, auch Schneiderinnen, Schänkerinnen, Kellnerinnen, Bernsteinarbeiterinnen, Schiffsgelassen und Büffeters, einschl. Lehrlinge, und umfaßt vorzugsweise die ungelerten Arbeiter sowie alle gewerblichen Arbeiterinnen. Am Ende des Berichtsjahres finden wir, wieder an der Zahl der Pflichtmitglieder gemessen, 219 Männer und 324 Frauen mehr in Arbeit als im Vorjahre (gegen 1910: + 608 Männer und + 1155 Frauen). Die Höchstzahl der Beschäftigten findet sich auch hier Anfang Dezember, danach pflegt sie wieder zu fallen, um im Sommer wiederum anzustiegen. Im Herbst (1912 und 1911 zu Anfang September) zeigt sich dann — wenigstens für die Männer — nochmals eine Abnahme.

Die kaufmännischen Angestellten sind Mitglieder der Klasse „Vereinigter Handels- und Geschäftsbetriebe“. Diese Klasse ist bestimmt für alle männlichen und weiblichen im Handel und bei Notaren, Versicherungsanstalten beschäftigten Personen, Lehrlinge und Lehramtskandidaten und Verkäuferinnen, ausgenommen Diener usw. Für das männliche Geschlecht hatte sich hier im Vorjahre durchweg ein geringerer Beschäftigungsgrad gezeigt als 1910 (im Jahresdurchschnitt beträgt die Abnahme — 133). Obwohl 1912 etwas günstigere Ziffern brachte, sind die von 1910 noch nicht wieder erreicht; der Jahresdurchschnitt der Beschäftigten bleibt mit 2855 noch um 37 hinter 1910 zurück. Andererseits nimmt die Zahl der in kaufmännischen Betrieben usw. beschäftigten weiblichen Personen ständig zu. Es betrug nämlich die mittlere Zahl der beschäftigten weiblichen Personen im Jahre:

1909:	1910:	1911:	1912:
3072	3299	3619	3956

Inbesondere waren am Jahresstufte 1912 bei der genannten Klasse 4084 weibliche Pflichtmitglieder gemeldet gegen nur 3831 Ende des Vorjahres und 3141 Ende 1909.

Wir sind doch nicht in Honolulu. Von wech hohem Wert geographische und volkskundliche Kenntnisse sind, lernten wir am 27. Februar vor dem Schöffengericht kennen, vor dem Genosse Vöhring aus Langfuhr sich wegen öffentlicher Beleidigung des Rgl. preussischen Schutzmanns Schalla verantworten mußte. Liegt da weit verloren im großen Ozean die Gruppe der Sandwich-Inseln haben wir vor dem Schöffengericht Honolulu. Unangenehm ist dort nicht; geboren, der doch den Sang an Megit erdichtet hat. Dagegen ist sie recht berühmt durch ein Couplet geworden, das in den schönen Refrain: „Wir sind doch nicht in Honolulu“, ausläuft. Trotzdem ist die Inselkönigin zum Stein des Anstoßes in Danzig geworden. Der Schutzmann Schalla sah nämlich am 30. November gegen 2 Uhr nachts im Lokal des Genossen Vöhring noch Gäste. Er forderte ihn auf, diese nicht länger zu dulden. Selbst gebot er jedoch nicht Polizeihunde. Nach der Behauptung Vöhrings soll er jedoch zu diesem gedroht haben: er räume alles aus! Darauf will V. erwidert haben: Sie haben als Beamter nur ihre Pflicht zu tun, wir sind doch nicht in Honolulu! Der Schutzmann behauptet, daß er sich durch Honolulu gefürchtet gefühlt habe. Genosse V. hatte bereits wegen Ueberretung der Polizeistunde 5 Mark Strafe bezahlt. Trotzdem war er wegen dieses Vergehens wieder anklagsbar. Herr Rechtsanwalt Rosenbaum gab sich rechtlich Mühe nachzuweisen, daß der Schutzmann doch nicht etwa mit einem unpolizierten Ureinwohner von Honolulu verglichen war. Das Gericht schätzte diese schöne Gegend so unangenehm ein, daß sie den Schutzmann durch den Vergleich doch und sogar für öffentlich beleidigt hielt. Deshalb wurde Vöhring das durch einen Schutzmann beschämte Opfer seiner ungenügenden geographischen Kenntnisse und zu 20 Mark Geldstrafe verurteilt. Hoffentlich studiert er jetzt mit heißem Eifer einen guten Weltatlas.

**Warnung vor Bildergößern.** Die städtische Rechtsauskunftsstelle teilt mit: Die Angebote für Gratis-Bild-Vergrößerungen häufen sich in so bedenklicher Weise, daß es notwendig erscheint, das Publikum über die Geschäftsabbarung solcher Firmen wiederholt aufzuklären. Sogenannte Kunstsalons erheben sich durch Reklame (Preisrätel) und Reisende, gegen Erstattung des Portos 50 Pfennig eine photographische Vergrößerung nach einem eingeleiteten Bild zu liefern. Meistens aus Neugierde lassen sich viele zu einem Versuch verleiten. Erst, wenn das Bild angekommen ist, sieht man, daß die 50 Pfennig zum Fenster hinausgeworfen sind. Das sogenannte Bild ist ein wertloses für wenige Pfennige auf schlechtestem Papier hergestellter Rohdruck. In einem Umschreiben wird darauf hingewiesen, daß die Bilder in diesem Rohzustand nicht belassen werden können, sondern daß sie erst durch „Retusche“, die die Anzahl für 3,50 Mark bis 8 Mark übernehmen will, einen besseren Anblick erhalten würden. Gleichzeitig wird zur Bestellung eines Rahmens von 5—12 Mark aufgefordert. Gehen nun die Retusche weiter auf diesen Leim und optisch noch 8,50—20,00 Mk., so erhalten sie per Nachnahme in einem fast wertlosen Rahmen ein ganz kunstloses Bild. Als bestes Mittel, weite Kreise vor Schaden und Aerger zu bewahren, wird von den Verwaltungsbehörden und Fachvereinen die wiederholte Aufklärung des Publikums erkannt. Man sollte grundsätzlich keine Aufträge den am Plage befindlichen Photographen übergeben. Daneben ist es aber von Wichtigkeit, daß in jedem einzelnen Fall aus demselben wegen, soweit die Gesetze dies gestatten, vorgegangen wird. Kammerlich die öffentlichen Rechtsauskunftsstellen haben sich mit Nachdruck der Bekämpfung dieser Firmen angenommen.

### In Ostelbien machen wir das so!

Der Vorsitzende des Verbandes der Töpfer, Filiale Danzig, hatte am 8. Januar dieses Jahres eine polizeiliche Vernehmung wegen Vergehens gegen den berühmten Paragraphen 153 der R.-Gew.-O. Ohne irgendwelche weitere Verhandlung erhielt er dann vor einigen Tagen den folgenden Strafbefehl:

Als den Antrag der Königl. Staatsanwaltschaft wird gegen Sie wegen der Beschuldigung, am 22. November 1912 zu Danzig andre durch Drohungen und Ehrverletzung bestimmt zu haben, an Beratungen und Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittels Entlassung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter teilzunehmen, beziehungsweise ihnen Folge zu leisten, Vergehen gegen Paragraph 153 R.-Gew.-O., wofür als Beweismittel bezeichnet ist: 1. Eigene Angaben, 2. Zeugen: a) Kaufmann Berthold Aich, Köpfergasse 14, b) Töpfermstr. Johann Salowski, Johannsgasse 33, c) Ofenheizer Max Salowski, ebenda, d) Ofenheizer Walter Müller, Stadtblat 43 — eine Gefängnisstrafe



## Danzig.

**Der Streik bei der Firma Franz Hellwig in Stadtgebiet ist zu Gunsten der Arbeiter beendet.** Unsere Forderungen: **Anerkennung der Organisation, Erhöhung des Lohnes, Verkürzung der Arbeitszeit sind anerkannt resp. bewilligt.** Sämtliche Streikbrecher sind entlassen worden.

### Deutscher Transportarbeiter-Verband.

**Ein Zuchthausurteil.** Die Kämpfe der organisierten Arbeiterschaft von Odra um die Ausübung ihres Versammlungsrechtes wurden schon durch den Prozeß beleuchtet, der unlängst vor der Strafkammer gegen die Genossen Brill und Lorz geführt wurde. Indirekt führten sie auch zu der Anklage wegen Meineid, die am 3. März vor dem Schwurgericht gegen den Freiseurgehilfen Hefler verhandelt wurde. Die Geschworenen haben Meineid für erwiesen an und verurteilten H. zu drei Jahren Zuchthaus. Wir lassen den ausführlichen Bericht folgen.

Gegen den sehr gewissenhaften Bericht der Neuesten Nachrichten und die ebenso objektive Wahrhaftigkeit der Danziger Zeitung bemerken wir schon jetzt, daß der Angeklagte nicht zugegeben hat, Mitglied der sozialdemokratischen Partei gewesen zu sein. Er erklärte vielmehr, daß er sich nur auf Anraten seines Arbeitgebers, des Friseurs Potrafke, in dessen geschäftlichem Interesse in die Partei aufnehmen ließ. Wir fügen hinzu, daß auch Potrafke dieselbe Art „Mitgliedschaft“ erworben hatte. Als die Genossen dem von ihm veranlaßten Antrage, einen anderen Barbier zu boykottieren, nicht entsprachen, wurde der „Sozialdemokrat“ Potrafke schleunigst Mitglied des Kriegervereins und der ebenso gefinnungswichtigen freiwilligen Feuerwehr.

Auch die Behauptung der Neuesten Nachrichten ist unwahr, daß Hefler dem Richter nichts zu erwidern wußte, als dieser ihn aufmerksam machte, daß er die im März von Holz erhaltene Bezeugung nicht mitgeteilt habe. Tatsächlich erklärte Hefler hierzu, daß er recht schnell vernommen wurde. Er habe darauf noch eine weitere Frage erwartet. Diese sei jedoch ausgeblieben und seine Vernehmung beendet gewesen.

**Sehr seltsam.** Zu der in der letzten Nummer gebrachten und uns durch Herrn Sanitätsrat Dr. Hennig übermittelten Richtigstellung unserer Notiz über die Vorgänge bei der Ausfertigung des Totenscheines für das Kind des Arbeiters P. in Wonneberger Grund wünscht der Arzt noch eine Korrektur. P. habe ihm nicht angeboten, die kleine Leiche zu ihm zu bringen. Vielmehr habe er gesagt, daß er das tote Kind doch nicht herbringen könne und auch kein Fuhrwerk habe. Der Arzt wünscht diese Ergänzung dankenswerterweise im Interesse des Vaters.

Wir ersehen auch aus diesem Entgegenkommen des Arztes, wie leicht eine Verständigung aller Teile möglich gewesen wäre, wenn man P. bei seiner Beschwerde auf dem Amte entsprechend beraten hätte.

**Die Landesversicherungsanstalt Westpreußen** wies am Anfang des Jahres 1911 einen Vermögensbestand von 823 592,78 Mark auf. Dazu kommen a) Die Zinsen des Bestandes mit 24 707,78 Mark, b) vier Zehntel der Einnahmen aus den Beiträgen des Rechnungsjahres 1911 1 216 224,95 Mark, c) Zinsen dieses Betrages 13 882,53 Mark, zusammen 2 078 208,03 Mark. Davon kommt in Abrechnung ein Anteil an der Rentenlast nach der Mitteilung der Rechnungsstelle des Reichsversicherungsamts mit 1 143 269,64 Mark, so daß sich der Bestand des Gemeinvermögens der Landesversicherungsanstalt Westpreußen am Schluß des Rechnungsjahres 1911 auf 934 938,49 Mark beläuft.

## Preußischer Kommiß.

Soldatengeschichten von August Winnic

„Ich kann mir gar nicht erklären, wie Sie das nur gesehen haben wollen. Denn, wenn es geschehen ist, so war es doch in Ihrem Rücken. Bestimmen Sie sich mal; Sie glauben, es gesehen zu haben; Sie bilden sich das ein, weil der Stöben es hinterher erzählte!“

„Nein, Herr Feldwebel; ich hatte meinen Tornister schon in die Hand genommen und mich wieder umgedreht und habe ganz genau gesehen, wie der Unteroffizier den Stöben vier oder fünfmal sehr frakt mit dem Kolben ins Kreuz gestoßen hat.“

Der Feldwebel fixierte mich eine Weile und sagt dann: „Werken Sie sich; wenn Sie es wirklich ganz genau gesehen haben, dann können Sie nicht fahren; wenn Sie aber glauben, daß doch ein Irrtum vorliegen kann, dann kommen Sie als Zeuge nicht mehr in Betracht und können morgen Mittag auf Urlaub gehen. Bis dahin haben Sie Zeit zum Überlegen. Denken Sie aber nicht, daß der Hauptmann jemals wieder einem Manne Urlaub gibt, der mit daran schuld hat, daß ein Unteroffizier von der Kompanie bestraft wird. Nun bestimmen Sie sich; morgen früh will ich Bescheid haben.“

Damit war ich entlassen. Als ich auf die Stube zurückkam, erwarteten mich die drei anderen Urlauber schon. Sie waren neugierig, wie ich mich gehalten hatte. Wir sahen uns alle vier an und brachen wie auf Kommando in Lachen aus. Wir lachten außerordentlich laut und herzlich, wir lachten lange, wir lachten, daß uns der Bauch schmerzte. Warum? Das kann ich heute nicht mehr sagen; aber es war etwas Aufstrebendes in dieser Lust, die allen Gram über den fortschwimmenden Urlaub niederriß. Ich weiß keinen Grund für unsere Fröhlichkeit anzugeben; doch vielleicht war es der Über alle Kleinliche Schitane hinwegstürmende Lebensmut kraftsprühender Jugend, der sich seiner Heberlegenheit bewußt war.

Natürlich hatten wir alle vier festgehalten an dem, was wir gesehen hatten, und waren uns auch einig darin, uns unser Gedächtnis nicht durch die angedrohte Entziehung des Urlaubs „korrigieren“ zu lassen. Wir waren eben alle keine Patrioten im Sinne preussischen Kommissgermanentums.

Beim Anreten am anderen Morgen rief uns der Feldwebel abseits und fragte uns, ob wir uns nicht anders besonnen hätten. „Nein, ich kann nichts anderes sagen, als was ich gesehen habe,“ erwiderte jeder von uns.

„Einreten! Gemeine Bande!“ rief uns der Feldwebel zu. Während der Pause, die der Dienst an diesem Morgen ließ, schmiedeten wir Pläne, wie wir nun Offizieren verleben wollten. Urlaub gab's nicht, also mußten wir sehen, wie wir auf andere Weise das Reisegeld vertun konnten. Zu völliger Einigkeit waren wir bis Mittag nicht gekommen. Dann rühten wir ein.

Vor dem Kompanieretter mußten wir halten. Der „Alte“ wartete mit dem Feldwebel schon auf uns. Nachdem wir uns aufgestellt hatten, befiel der Hauptmann dem Feldwebel, die Urlauber vorzuführen. In dumpfer Resignation hörten wir die Namen aus

## Aus Westpreußen.

**Elbing. Gewerkschaftskartell.** In gutbesuchter Sitzung nahm die örtliche Zentrale der hiesigen Freien Gewerkschaften letzten Donnerstag Stellung zu der seit langer Zeit herrschenden Wohnungsnot. Der Vorsitzende berichtete über die seitens der Stadterwaltung bisher getroffenen und für die nächste Zeit projektierten Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Kalamität. Es wurde eine Eingabe an den Magistrat beschlossen, in welcher die Verwaltung im Interesse baldigster Abhilfe ersucht wird, den Bau von Arbeiterwohnhäusern in eigener Regie in Angriff zu nehmen. Die Abrechnung des Jahres 1912 wurde genehmigt und dem Kassierer Entlastung erteilt.

Da der Genosse Henschel, welcher sich um die proletarische Jugendbewegung sehr verdient gemacht hat, am 1. März Elbing verläßt, um nach Berlin überzusiedeln, wurde an dessen Stelle ein anderer Obmann bestimmt. Bei dieser Gelegenheit sprach der Vorsitzende dem Genossen Henschel den wärmsten Dank für seine im Dienste der Jugend getätigten Bemühungen aus.

Im weiteren beschäftigte sich die Versammlung mit der in nächster Zeit ins Leben tretenden „Volksfürsorge“.

**Lenzen. Der allgeliebte Kaiser und sein Pächter.** Der Landwirtschaftliche Verein Lenzen (Westpreußen) hat dem hinausgeschmissenen Pächter des Kaisers gleichfalls eine besondere Ehrenerkundung ausgestellt; er faßte diese Resolution:

„Zu dem im Deutschen Landwirtschaftsrat von Allerhöchster Stelle gemachten Aeußerungen über den Gutspächter des Vorwerks von Cadinen (Rehberg) beschließt der Landwirtschaftliche Verein Lenzen, in dessen Bereichsbezirk die Begüterung Cadinen-Rehberg liegt, einstimmig folgendes:

Wir kennen diesen Gutspächter Herrn Sohst und seine Bewirtschaftung von Rehberg, das er selbst bereits 15 Jahre und vor ihm sein Vater 17 Jahre lang in Pacht hat, aus eigener Erfahrung ganz genau. Herr Sohst ist ein außerordentlich fleißiger und tüchtiger Landwirt, der durch sehr gute Beackung, durch eine zahlreiche Viehhaltung und sehr reichliche künstliche Düngung den schwierigen Boden von Rehberg so intensiv zu allen Zeiten bewirtschaftet hat, wie kein anderer Landwirt es besser machen kann. Herr Sohst hat lebhaftes Interesse und Verständnis für alle landwirtschaftlichen Fragen; unser Verein, dem er seit seiner Gründung als Mitglied und seit 15 Jahren als zweiter Vorsitzender angehört, verdankt ihm als einem seiner rührigsten und angesehensten Mitglieder sehr viel Anregung und Belehrung. Der Name Sohst hat aber auch über die Grenzen unseres Bereichs hinaus einen guten Klang.

Wir empfinden es alle mit tiefstem Schmerz, daß unser allgeliebter Kaiser und König über die Person und die Wirtschaft seines langjährigen Pächters so unrichtig informiert worden ist.“

Auch über den „Bettlauer Roggen“ scheint der Kaiser falsch informiert gewesen zu sein, der Vorsitzende des Lenzer Landwirtschaftlichen Vereins versicherte, daß „wohl jeder Landwirt, auch der kleinste Besitzer, den Bettlauer Roggen schon lange angebaut habe.“ Dem Kaiser also die Priorität im Anbau dieser Getreideart nicht zugestanden werden könne.

**Danzig-Land. Weichselmünde.** 6 Personen ertranken. In der Nacht vom Sonntag zum Montag sind, wie uns berichtet wird, 6 Personen bei Weichselmünde ertrunken. Die selben wollten in einem Boote nachts gegen 2 Uhr von Weichselmünde aus, das geräuschlos über den Neufahrwasser erreichte. Da die Weichsel an dieser Stelle mit feststehendem Eis bedeckt war, wollten die Berunglückten sich mit dem Boote eine Fahrbahn durch das Eis brechen. Durch die schaufelnden Bewegungen, die dabei mit dem Boote ausgeführt werden mußten, wird wahrscheinlich das Boot dabei Wasser geschöpft haben und zwar soviel, daß das Boot unter der Last der 6 Personen versank und dieselben ins

Wasser stürzten. Auf die Hilferufe der Berunglückten eilten der Besitzer des Bootes, A r o w s k i, und noch zwei andere Männer, mit einem anderen Boote hinzu. Dieselben konnten jedoch des Hilferufes wegen nicht schnell genug vorwärts kommen. Doch kam ihre Hilfe zu spät. Sie fanden in der Dunkelheit zwar das Boot, daß bis oben mit Wasser gefüllt war und die Leiche des über den Posstrand hängenden A n s k i, jedoch war von den anderen keine Spur mehr zu sehen. Die Berunglückten sind der Wächter Johann B l a n k mit Frau und zwei Töchtern im Alter von 20—23 Jahren, der Kuhhalter Jean G o e r k und der schon erwähnte 21 Jahre alte Schiffszimmerer A n s k i. Blank hinterläßt drei Kinder von 8—13 Jahren und Goerk sieben Kinder von 1—14 Jahren. Montag früh gegen 8 Uhr wurden die Leichen der beiden jungen Mädchen aus dem Wasser gefischt und gegen Mittag fand man noch die Leiche des Blank, des Vaters der Mädchen. Uns wird dazu mitgeteilt, daß der Führer dort nur die Pflicht hat, im Winter bis 9 Uhr abends überzusehen. Eben wird uns gemeldet, daß die beiden letzten Leichen des Johann G o e r k und der Frau B l a n k auch bereits gefunden sind.

**Graudenz.** Die Stadtverordneten in Graudenz beendeten am Freitag die Beratung des Etats für 1913. Die ordentliche Verwaltung schließt mit 4 254 600 Mk., die außerordentliche Verwaltung mit 2 700 000 Mk. in Einnahme und Ausgabe ab. Es war mit einigen Abstrichen der Etatsvorberatungskommission unter Zustimmung des Magistrats möglich, den Etat mit den bisherigen Steuerföhen zu balanzieren, so daß also im Steuerjahre wieder zur Erhebung gelangen: 215 Proz. Zuschläge zur staatlichen Einkommensteuer, 4,4 vom Tausend des gemeinen Wertes der Grundstücke als Grundsteuer, 220 Proz. Gewerbesteuer Klasse I bis III, 170 Proz. Klasse IV und 220 Proz. Betriebssteuer. Im einzelnen ist zu dem Etat noch zu bemerken: Der Voranschlag der Schlachthofverwaltung schließt mit 121 000 Mk. in Einnahme und Ausgabe ab, der Voranschlag des Elektrizitätswerkes mit 469 000 Mk. in Einnahme und 405 500 Mk. in Ausgabe, der Voranschlag des Wasserwerkes mit 205 000 Mk. in Einnahme und 138 000 Mk. in Ausgabe. Nachdem für Gasabgabe für Leucht- und Betriebsgas ein Einheitspreis von 14 Pfg. pro Kubikmeter eingesetzt worden ist, ergibt das Gaswerk eine Einnahme von 590 000 Mk. und eine Ausgabe von 541 000 Mk. B. B.

**Schwef.** Zu der bevorstehenden Landtagswahl wurde seitens des Deutschen Wahlkomitees der jetzige Reichstagsabgeordnete für Schwef, der Landrat von Salem, aufgestellt.

**Jastrow.** Der diesjährige Haushaltplan der Stadt Jastrow verzeichnet gegen das Vorjahr eine Mehreinnahme von 3972,50 Mk. Davon an Schulgeldern von den gehobenen Klassen der Mädchenschule allein 3960 Mk. An Vertretungskosten für erkrankte Lehrer sind in der Ausgabe 500 Mk. eingestellt. Für Untersuchung von Nahrungsmitteln sind 130 Mk. verzeichnet. Zur Beschaffung von Lehrmitteln für die katholische Schule werden 60 Mk. gefordert. Der Haushaltplan schließt in Einnahme und Ausgabe mit 258 000 Mk. ab.

## Gewerkschaftsbewegung.

**Die Lohnbewegung der Tapezierer in Stoip i. P. ist stetiggreich beendet.** Nach langen, zum Teil schwierigen Unterhandlungen mit den Unternehmern gelang es, bevor der Ausstand beginnen sollte, die Forderungen der Gewerkschaft mit ganz geringen Abstrichen zur Anerkennung zu bringen. Nur bei der Firma Ed. Becker sind noch sieben Kollegen ausständig, doch dürfte es auch hier in den nächsten Tagen zu einer Einigung kommen, da die Firma bereits ihre Reigung zur Unterhandlung mit der Lohnkommission bekannt gegeben hat. Zugang ist noch fernzuhalten.

Manchmal ging ich abends ins Gehölz, das das Glacis bedeckte und hing dort meinen Zorngedanken nach. Ich phantasierte von einer großen blutigen Abrechnung und grübelte über die Möglichkeiten nach, wie sie wohl herbeigeführt werden könnte.

Je länger, desto mehr litt ich unter dem, was ich tagtäglich sehen und hören mußte. Aber ich litt nicht allein. Wir sprachen oft untereinander darüber und die charaktervollen Leute waren alle von Erbitterung erfüllt. Die meisten waren arme oder doch nur wenig begüterte Burichen vom Lande, die wohl nie auch nur ein leiser Hauch oppositioneller Zeitstimmung gestreift hatte. Jetzt aber hatte sich Rebellenstimm ihrer bemächtigt, der freischütten die Gedanken aufwiegelte oder sich höchstens im vertraulichen Kreise an die Oberfläche wagte.

Am einem Sonnabendnachmittag, der zufällig einmal bei uns dienstfrei war, stand ich mit meinem Freunde am Fenster und sah auf den Kaiserhof hinab. Es regnete schon seit der Nacht in gleichmäßigem Gusse und der ganze Hof war von Wasserpfützen bedeckt. Der zermürbte, schmierige Kies bildete eine schwarze, breite Masse. Der Hof war leer. Nur hin und wieder lief eine Ordnungsmann eilig darüber. Aber er blieb nicht lange leer. Aus dem Reiter des ersten Bataillons traten zwei Leute im Egerzieranzug, es waren Rekruten, wie wir an ihrem Anzug erkannten. Ihnen folgte ein Offizier in langem Mantel, dessen Kragen hoch aufgeschlagen war. Er stellte sich unter einen kleinen Pavillon, steckte die Hände in die Manteltaschen und ließ die beiden Leute egerzieren. Zuerst übten sie langsam Schritt. „Hoch raus die Beine!“ rief der Leutnant ihnen zu, als sie sich etwas spönten. Die Leute hielten mit den Beinen drauf los, daß jedesmal tiefe Garben von Schlamm und Wasser aufspritzten. So ging das eine Weile fort. Dann mußten sie marschieren. Schmechtig mußten sie im Lauffschritt den Hof durchmessen. Der Leutnant kommandierte: „marsch — marsch — marsch — marsch!“ Die Leute legten sich zögernd auf die Erde. „Auf! Lauffschritt — marsch — marsch! — Halt, hinlegen! — Ah, Ihr könnt nicht runter kommen; na, vielleicht lernt Ihr's noch. Auf! — Hinlegen! Auf! — Hinlegen! Auf — Hinlegen!“ Das wiederholte sich ein halbes Duzendmal. Schließlich hatten die beiden das richtige Tempo für das Niederwerfen gefunden. Klatschend warfen sie sich in den Morast, um mit gewaltigem Rud wieder aufzuschwellen, wie Maschinen. Dann mußten sie noch einige Hundert im Lauffschritt machen.

„Was mögen die beiden ausgefressen haben?“ fragte mein Freund, ein Gefreiter vom älteren Jahrgang.

„Die haben heute morgen beim Paradeplatz gebummelt,“ mischte sich ein Dritter ins Gespräch. „Sie sind von der zweiten Kompanie.“

Dem Leutnant schien es jetzt genug zu sein. Seine beiden Opfer waren vom Hals bis zu den Stiefelsohlen mit nassem Schlamm besudelt und standen nun vor ihm. Er schien ihnen eine Strafpredigt zu halten. Jeder-falls, um keinen Worten mehr Nachdruck zu geben, baute er jedem einigemal ins Gesicht und jagte sie in die Kaserne. Dem letzteren gab er noch einen Tritt mit auf den Heu.

(Fortsetzung folgt.)

der ersten, zweiten und dritten Korporalschaft verlesen. Dann kam unsere.

Da wurde mein Name aufgerufen. Ich war wie aus den Wolken gefallen und glaubte mich verhört zu haben.

„Na, wollen Sie nicht?“ rief der Feldwebel laut.

„Hier!“ schrie ich und trat zu den Urlaubern.

Dann kamen wieder andere Namen und auch die übrigen drei Zeugen wurden aufgerufen. Wir wußten nicht, was das zu bedeuten habe. Als alle aufgerufen waren, hielt uns der Alte noch eine schöne moralische Standpaufe, von Säufen, Arrest und Arbeiterabteilung, dann erhielten wir unsere Urlaubspässe. Um drei Uhr dampften wir nach dem Westen und sahen die grauen Klöße der Festungswerke im Dunstschleier verschwinden.

Während des zehntägigen Urlaubs dachte ich nicht oft an die Affäre Stöben; aber wenn ich es tat, dann war mir gar nicht sehr wohl dabei zumute; ich hatte die Empfindung, daß hier etwas nicht in Ordnung sein konnte. Nach den durchgehenden Tagen fuhr ich mit gemischten Gefühlen wieder zur Garnison zurück. Es war Mitternacht, als ich in die Kaserne kam. Ich weckte einen der Kameraden und fragte ihn nach dem Ausgang der Sache.

„Ach,“ sagte er schlaftrunken, „das ist eine dumme Geschichte gewesen. Ten Stöben haben sie dabei zu packen getrieht.“

„Den Stöben? Wie denn?“ fragte ich.

„Ja,“ sagte er etwas munterer, „die Sache war doch die, daß er keinen Zeugen hatte. Ihr wart auf Urlaub, den anderen beiden hat man nicht geglaubt; das sind doch alte Leute, weißt Du, und die wollten aus Rache den Unteroffizier reinreißen, so sagte man. Und da hat der Oberst den Stöben wegen Nichtausführens eines Dienstbefehls mit drei Tagen Arrest bestrafen lassen.“

„Welches Dienstbefehls?“

„Ja, weil er nicht gelaufen, sondern langsam gegangen ist, und der Unteroffizier hatte doch laufen befohlen. Die Strafe wegen falscher Meldung will ihm der Oberst schenken, weil er dachte, Stöben sei von anderen Leuten dazu angeleitet gewesen. Wenn er sich aber in diesem Jahre noch was zuzuhnden kommen läßt, soll er deswegen noch bestraft werden.“

„Ist Stöben schon im Kasten?“

„Er ist schon wieder draußen. Ihr seid Gründonnerstag fortgegangen und Stöben ist am stillen Freitagmittag in'n Kasten gegangen.“

„Donnerwetter! Wo deswegen hat man uns auf Urlaub geschickt! So 'ne Gemein — — —“

„Sst! Der Unteroffizier ist noch nicht lange schlafen gegangen; sei ruhig!“

Diese Affäre lehrte uns, was wir an dem Beschwerderecht hatten. Nach solchem Ausgang hatte natürlich keiner mehr Lust, sich über Mißhandlungen zu beschweren, und diese wurden ärger und häufiger als zuvor. Doch nicht die Unteroffiziere schlugen und trieben die Leute, auch die Leutnants und der Hauptmann, dieser erst recht, bützelten drauf los, als ob sie Hunde zu dressieren hätten. Sogar der Major schämte sich nicht, die Leute mit der Faust ins Gesicht zu schlagen. Wir — ein kleiner Kreis von Vertrauten — nahmen das mit wachsender Erregung wahr.

Die Tapezierer in Bromberg beschließen in einer stark besuchten Versammlung am Sonntag nach einem Referat des Bezirksleiters, Kollegen Brogwig, in eine Lohnbewegung einzutreten. Sie fordern Mindestlöhne von 33, 38 und 45 Pf. im 1., 2. und 3. Jahre nach beendeter Lehrzeit. Auf alle jetzt bestehenden Wochenlöhne einen Zuschlag von 10%. Auf die bis herige Akkordprämie eine Erhöhung von 15%. Eine Verkürzung der Arbeitszeit von drei Stunden wöchentlich. Mehrbezahlung der Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit. Außerdem Verbesserungen der Werkstattverhältnisse in holländischer Beziehung. Zur Überwachung des Tarifs soll eine Schlichtungskommission eingesetzt werden. Da die Kollegen zu 1/2 organisiert sind, so ist auf einen Erfolg zu rechnen.

In Braubenz sind die Tapezierer ebenfalls in eine Lohnbewegung eingetreten. In einer Versammlung am Montag beschließen sie, folgende Forderungen den Unternehmern zu unterbreiten: Mindestlöhne von 35 und 40 Pf. im ersten und zweiten Jahre nach beendeter Lehrzeit. Für alle übrigen bisherigen Löhne eine Erhöhung um 15 Prozent. Der gleiche Zuschlag erfolgt bei Akkordarbeit. Arbeitszeitverkürzung auf 54 Stunden wöchentlich.

Die Kollegen sind zu 100 Prozent organisiert. Zugang ist nach allen Bewegungsorten streng fernzuhalten.

Das Straffsystem im Ruhrbergbau. Die Bergwerksunternehmer im Ruhrgebiet haben ihre eigene Gerichtsbarkeit, die rücksichtslos gegen die Arbeiter angewandt wird. Die Möglichkeit dazu bietet die Arbeitsordnung, nach der in nicht weniger als 17 Punkten Bestrafung erfolgen kann. Der Vorzug dieser Gerichtsbarkeit ist, daß ohne weiteres abgeurteilt wird. Da gibt es keine Voruntersuchung und kein Verhör. Dem „Vergehen“ folgt die Strafe auf dem Fuße. Die Grubenbeamten sind Kläger und Vollstrecker des Urteils zugleich. Groß sind die Summen, die den Arbeitern durch das Straffsystem abgezogen werden. Im Jahre 1912 wurden auf 131 Beten des Ruhrreviers Strafgeelder vereinnahmt:

Bwegen Förderns unreiner Kohle	362 868 Mk.
Bwegen sonstiger Vergehen	568 098
Summa	930 966 Mk.

Reinhundertdreißigtausend Mark in einem Jahre! Das ist ungeheuerlich. Die ungerechtesten Bestrafungen sind die wegen Förderns unreiner Kohle oder wegen nicht genügend gefüllter Wägen. Bei der Arbeitsstraße können die Wägen überfüllt geladen werden durch den langen unterirdischen Ironsport wird die Kohle zusammengepresst und die Ladung lenkt sich über Tage kommt so der Wägen nicht mehr überfüllt beladen an. Dann laßt es Strafe. Auch läßt es sich nicht vermeiden, daß einige Steine mit eingeladen werden, denn die Kohle ist damit verworfen. Trotz alledem jetzt es Strafe, wenn Steine im Wägen gefunden werden.

Bei der Lohnzahlung werden auch einige Pfennige nicht ausbezahlt. Die hierdurch erzielte Summe beläuft sich auf den 131 Schachtanlagen nach auf 102 656 Mk. Mit diesem Geld treiben die Unternehmer Wohlthat. Es fließt in eine auf jeder Seite vorhandene Unterstützungskasse. Daraus werden durch Krankheit in Not geratene Arbeiter unterstützt. In den Berginspektoren Berichten kann man dann alljährlich lesen, welche Summen für Unterstützungen an die Arbeiter verausgabt wurden. Und dabei wird dann die Fürsorge der Unternehmer abührend hervorgehoben. Nicht aber wird gesagt, daß das Geld, wenn man Wohlthat hat, den Arbeitern vorher vom Lohn genommen ist. Das ist Wohlthat, die erst durch Plage geschaffen werden kann.

### Frauenbewegung.

Die japanischen Frauen sind eine fortschrittliche, als gemeint von uns bekannt ist. Gegenwärtig hindern etwa 35 000 Japanerinnen an verschiedenen höheren Schulen, sie sind schon lange als

Charakteristika und haben sich in neuerer Zeit die kaufmännischen Berufe in großer Ausdehnung erobert, ebenso die Schillingen im Post- und Eisenbahndienst. Die japanischen Frauenvereine stellen dieselben Forderungen auf wie die europäischen Kulturländer, sie verlangen für die Frau gleiche Bildungsmöglichkeit, gleiches Arbeitsrecht, gleichen Lohn, Chancengleichheit und politische Gleichberechtigung.

### Erwerbstätige Frauen im In- und Auslande.

Die folgende Aufstellung gibt ein Bild, in welchem Maße in den nachbenannten Staaten Frauen nach den letzten Zählungen überhaupt erwerbstätig waren und wie groß ihr prozentualer Anteil an der Gesamtzahl der weiblichen Bevölkerung ist.

Jahreszahl	Erwerbstätige Frauen überhaupt	Prozent
Deutschland 1907	9 492 881	45,5
Oesterreich 1900	5 684 984	51,5
Ungarn 1900	2 885 235	45,1
Rußland 1897	3 276 112	24,9
Italien 1901	5 284 064	50,1
Schweiz 1900	1 556 577	48,9
Frankreich 1906	4 693 412	53,3
Spanien 1900	1 351 732	39,9
Belgien 1900	948 229	45,9
Niederlande 1900	433 546	37,8
Dänemark 1901	352 947	44,9
Schweden 1900	551 021	78,4
Norwegen 1900	277 613	32,5
Schweden 1901	309 900	44,0
Großbritannien 1901	7 328 802	38,4
Ver. Staaten von Amerika 1900		

Die Vergleichbarkeit der Zahlen wird allerdings etwas gestört durch die verschiedene Zeit und die Form der Erhebung. Die verhältnismäßig kleine Ziffer von erwerbstätigen Frauen in Rußland erklärt sich dabei, daß die erwerbstätigen Familienangehörigen nicht mitgezählt wurden. Aber die Zahlen lassen erkennen, daß der Kapitalismus überall die Frauen in die Erwerbsfront zwingt. Deutschland zeigt die absolut größte Zahl arbeitender Frauen, nämlich 9 492 881. Am nächsten kommt Frankreich mit über 7 1/2 Millionen. Allerdings wurden in diesen beiden Staaten die Berufszählungen 1906 und 1907 vorgenommen, also 6 und 7 Jahre später als in den meisten anderen Staaten, die zurzeit auch gewiß größere Zahlen aufzuweisen hätten. Den traurigen Vorzug, den höchsten Prozentsatz erwerbstätiger Frauen zu haben, genießt Österreich. Dort gibt es 53,3 Prozent für Lohn arbeitende Frauen. Deutschland steht mit seinen 45,5 Prozent auch noch mit an erster Stelle. Die nächste Berufszählung wird die Prozentzahl sicher noch höher fähruben, denn die Zahl der erwerbstätigen Frauen nimmt im Verhältnis schneller zu als die Zahl der Frauen überhaupt.

### Aus der Partei.

Oesterreich. Der Begründer der „Naturfreunde“ Genosse Alois Kohrauer ist am 28. Februar 70 Jahre alt geworden. Zuerst Maschinenbau, wurde er später geistlicher Mechaniker und Erfinder. Er gehört der niederösterreichischen Landesparteivertretung an und ist ein besonders geachteter Redner fürs Land. Ende März 1896 gründete er die erste Gruppe der „Naturfreunde“. Heute gibt es über 250 Gruppen und 22 000 Arbeiter-Wanderer in allen deutschsprechenden Ländern.

### Soziales.

Zur Linderung der Wohnungsnot in Jena beschloß dort der Gemeinderat, zunächst 62 Einfamilienhäuser durch die Stadt zu errichten. Bei der Thüringischen Landesversicherungs-Anstalt wurden dazu 400 000 Mark als Kasse aufgenommen.

### Nah und Fern.

Die Liebesgeschichte des Abbe. Der Tod des Abbe Chaffaing im Salon der Frau Crepin in Agen konnte bis jetzt noch immer nicht ganz einwandfrei aufgeklärt werden. Frau Crepin, die ein großes Haus führt, ist eine etwas exaltierte Schriftstellerin, die einige Bücher geschrieben hat, unter ihnen eines, das sie „Double Parfum“ betitelt, und in dem sich Sinnlichkeit und Frömmigkeit ganz eigenartig mischen. Nachdem sie sich in Paris einer Operation hatte unterziehen müssen, nahm ihre Nervosität eine gewisse leidenschaftliche Religiosität an. Vor vier Jahren kam sie das erste mal zum Abbe Chaffaing zur Besuche. Der Abbe war ein großer schöner Mann, der viel Sport trieb und von den Damen seines Sprengels vermöhnt wurde. Seine Verehrerzahl lag es der Schwärmerin an, und es begann ein Liebesverhältnis, von dem bald die ganze Gegend sprach. Die Kirchenbehörde griff endlich ein und verbot den Briefen, in eine andere Stadt. Am Abend vor dem Abschied ist er dann im Hause seiner Geliebten tot aufgefunden worden. Frau Crepin hat an eine Zeitung in Toulon einen sonderbaren Brief geschrieben, in dem folgende Stellen vorkommen: „Wir haben uns sehr geliebt, bis der Ausweisungsbefehl des Bischofs kam, da sagte er mir: „Ich werde wahrhaftig“, und nun hat eine kleine Kugel den jungen schönen Mann im schwarzen Talar dahingerafft, den Mann, der „doppelt Parfum“ war, mystisch und wollüstig. Und nun bleibe mir nur noch die Bücher unserer Liebe, in denen die ganze Geschichte steht, von dem ersten Abend an.“

### Letzte Nachrichten.

#### Eine einmalige Militärsteuer.

Berlin, 3. März. In parlamentarischen Kreisen verläutelt nach der „B. Z. a. M.“, daß die Höhe der geplanten einmaligen Abgabe von Vermögen sich auf 4—5 pro Milie, d. h. also einhalb Prozent belaufen werde, daß aber die Vermögenden unter 50 000 Mark von dieser Abgabe nicht befreit werden sollen.

#### Aus dem belagerten Adrianopel.

Die Regierung erhielt am 2. März ein Funkentelegramm von Schüfri Pascha, das präzise Angaben über die Widerstandsfähigkeit Adrianopels enthält. Wie verlautet, heißt es darin, daß Adrianopel noch für relativ lange Frist ausreichenden Proviant und Munition hat. Nach einer zuverlässigen Aufstellung der in Adrianopel eingeschlossenen Deutschen und Oesterreicher beträgt die Zahl der augenblicklich dort weilenden Reichsdeutschen genau 42, die Zahl der österreichischen Staatsangehörigen beträgt 73, dazu kommen einige deutsche und annähernd 400 österreichische Schutzgenossen. Die Botschafter erhielten gestern ein Funkentelegramm der Konjulin in Adrianopel, das besagt, daß alle Ausländer wohl behalten sind.

Nach einer Meldung der „Frankf. Ztg.“ seien die Großmächte entschlossen, in Sofia die Forderung zu stellen, daß die gesamte Zivilbevölkerung Adrianopels, die sich jetzt noch auf zirka 30 000 Seelen beziffern dürfte, abziehen dürfe.

### Schiffsverkehr.

#### Neufahrwasser, 1. März. Wind NW.

Angekommen: Kurt, Hartwig, Stettin, Güter.  
Gefegelt: Ernst, Langhorts, Hamburg, Güter.  
Som 2. März.  
Gefegelt: Ober, More, Reith, Zucker, Dorfstad, Varlen, Brügg, Getreide. — Cremon, Westmann, Libau, Restlad, Güter. — Rahus, Johansson, Königsberg, leer. — Waja, Birring, Rotterdam, Güter.  
Angekommen: Köln, Meyer, London, Roks. — Alexandra, Eckardt, Hamburg, Güter. — Klas, Stahn, Stolpmünde, leer.

### Bereinskalender.

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt.  
5. Bezirk (Langfuhr). Freitag 8 Uhr: Diskutierabend bei Lühring. Dasselbst am Montag (nicht Donnerstags) Versammlung.

## Blumen: Federn Bänder

in reicher Auswahl enorm billig.

# Neueste fesche Damenhüte zum Sommer billiger wie gewöhnlich!

Die jetzt für den Sommer eingetroffenen modernsten Damenhüte habe ich auffällig billig ausgezeichnet, weil das Osterfest sehr früh fällt.

Aufarbeitungen billigt.

## Julius Goldstein

Lawendelgasse Nr. 4.

## Arbeitslosen-Versammlung

am Mittwoch, den 5. März, 9 Uhr vormittags im Bürgergarten in Schidlitz.

Tagesordnung:

Warum ist die Stadtverwaltung nichts für die Arbeitslosen?  
Referent: Parteisekretär Julius Gehl.

Trotzdem in anderen Städten wenigstens etwas für die Arbeitslosen getan wird, lehnt die Danziger Stadtverwaltung es ab, auch nur das geringste zu tun. Für alle möglichen Zwecke ist Geld vorhanden nur nicht für die Arbeitslosen. Durch erneute Stellungnahme zu dieser Frage, die nicht mehr von der Bildfläche verschwinden darf, müssen die Arbeitslosen bekunden, daß die Stadt verpfligt ist, für die Arbeitslosen einzutreten.  
Kein Arbeitsloser darf fehlen!

Danziger Gewerkschaftsrat.

## Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt

9. Bezirk.

Donnerstag, den 6. März,  
abends 8 Uhr, Dominikswalk Nr. 8

## Mitglieder- Versammlung

Tagesordnung:  
1. Zwei städtische „Wagen“  
2. Stellung des Herr. Lehrs.  
3. Wahl eines Schriftführers.  
4. Darlehenangelegenheiten.

Die Bezirksleitung.

J. E. Strack

## Künstliche Zähne mit Kautschuk-Platte

Plomben von 2,00 Mk. an. Reparaturen von 1,00 Mk. an.  
Zahnzahnen fast schmerzlos in normalen Fällen 1,00 Mk.  
Bei Bestellung von Gebissen jedoch kostenlos. — Garantie.

### Zahn-Praxis

Georg Haselmann, Dentist  
Milchkanengasse Nr. 31, II.  
Sprechstunden von 9 bis 7 Uhr. Sonntags von 9 bis 12 Uhr.  
Angenehme Zahlungsweise.

## Wilhelm Zamory

Glas- u. Bilderleisten-Handlung  
Teleph. 2505. Danzig, Tischergasse 47. Teleph. 2505.  
Durch Einkauf großer Posten Glas und Leisten bin ich in der Lage, zu besonders billigen Preisen zu verkaufen.  
Für Abonnenten der Volkswacht Extra-Ermäßigung.

Sämtliche Partei- und Gewerkschafts-Literatur  
erschließt Buchhandlung „Volkswacht“, Danzig, Paradiesgasse 32.